

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung	1
A. <i>Kohleausstieg und Klimawandel</i>	2
B. <i>Erkenntnisinteresse: Ökonomische Instrumente versus Ordnungsrecht am Beispiel des Kohleausstiegs</i>	4
I. Direkte und indirekte Steuerung	7
II. Die Instrumentendebatte aus rechtswissenschaftlicher Sicht	11
Erster Teil: Der Rechtsrahmen des nationalen Ausstiegs aus der Kohleverstromung	15
A. <i>Nationaler Kohleausstieg im europäischen Mehrebenensystem</i>	15
I. Nationale Gesetzgebung und europäische Kompetenzordnung	16
II. Unionaler Zertifikatehandel und nationale Gesetzgebung	22
III. Der Kohleausstieg in der nationalen Kompetenzordnung	26
B. <i>Zwischen Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Grundrechten</i>	27
I. Das „Wann“ und „Wie“ des Kohleausstiegs als politische Entscheidungen	28
II. Klima- und Umweltschutz	30
III. Energieversorgungssicherheit	45
IV. Kohleausstieg und Grundrechte	57
V. Ergebnisse: Kohleausstieg als politische Entscheidung	66
C. <i>Das Gesetzgebungsverfahren: Komplexitätsbewältigung und Akzeptanzsicherung</i>	67
I. Der Kohleausstieg als komplexer Lebenssachverhalt	68
II. Akzeptanzsicherung durch die Kohlekommission	78
III. Kooperative Rechtsetzung aus juristischer Perspektive	78
IV. „Kohlekonsens“ als Grundrechtsverzicht?	81

Zweiter Teil: Das Verbot der Kohleverstromung	83
A. <i>Kohleausstieg durch direkte Steuerung</i>	83
I. Ordnungsrechtliche Instrumente und der Kohleausstieg	84
II. Das Verbotsmodell als Maßstab der weiteren Untersuchung	88
B. <i>Das Grundrecht auf Eigentum, Art. 14 GG</i>	90
I. Mögliche betroffene Eigentumspositionen	91
II. Der Kohleausstieg als Inhalts- und Schrankenbestimmung	96
III. Rechtfertigung der Eigentumsbeeinträchtigung und finanzielle Kompensation	101
C. <i>Die Berufsfreiheit, Art. 12 GG</i>	133
D. <i>Der allgemeine Gleichheitssatz, Art. 3 Abs. 1 GG</i>	134
E. <i>Zusammenfassung: Relativ schwacher eigentumsrechtlicher Schutz</i> ..	135
 Dritter Teil: Kohleausstieg durch ökonomische Steuerung	137
A. <i>Allgemeines</i>	137
I. Indirekte Steuerung durch ökonomische Instrumente	138
II. Die Unschärfe ökonomischer Steuerung	141
III. Ökonomische Instrumente als Rechtsproblem	145
B. <i>Ungewissheit über die Wirkung ökonomischer Instrumente</i>	150
I. Von der Wissensgenerierung zur Prognose: Prognoseprärogative	151
II. Die Reichweite der Prognose und gesetzgeberische Zielvorgaben	151
III. Ungewissheit und Grundrechtsschutz	153
IV. Zusammenfassung: Unsicherheit als grundrechtlicher Rechtsschutznachteil	165
C. <i>Die Erdrosselung als Steuerungsmittel</i>	166
I. Das Erdrosselungsverbot und seine Reichweite	167
II. Kohleausstieg durch Erdrosselung	177
III. Erdrosselung und Grundrechte	180
IV. Zusammenfassung: Erdrosselung zwischen Finanzverfassungsrecht und Grundrechten	206
D. <i>Einzelne ökonomische Ausstiegsinstrumente</i>	207
I. Lenkungsabgaben	207
II. Konkurrenzfördernde Maßnahmen	241
III. Nationale Modifikationen unionsrechtlicher Instrumente	253

Vierter Teil: Der Instrumentenmix	261
A. <i>Kohleausstieg durch einen Instrumentenmix</i>	261
B. <i>Belastungskumulationen als Rechtsproblem</i>	262
I. Gesetzgeberische Zielsetzung als Normenklammer	265
II. Grundrechtsmethodische Fragen	267
III. Unzulässige Belastungskumulationen vor dem Bundesverfassungsgericht.	280
C. <i>Folgerungen für einen Instrumentenmix im Kohlesektor</i>	282
Fünfter Teil: Ergebnisse und Ausblick	285
A. <i>Thesen</i>	285
I. Erster Teil: Der Rechtsrahmen des nationalen Ausstiegs aus der Kohleverstromung	285
II. Zweiter Teil: Das Verbot der Kohleverstromung	286
III. Dritter Teil: Kohleausstieg durch ökonomische Steuerung	287
IV. Vierter Teil: Der Instrumentenmix	290
B. <i>Der Vorschlag der Kohlekommission und andere Ausstiegsszenarien</i> ..	291
I. Der Vorschlag der Kohlekommission	291
II. Ordnungsrechtliches Alternativszenario: Restverschmutzungsrechte ..	300
III. Ergänzung des ordnungsrechtlichen Verhaltensbefehls durch ökonomische Instrumente am Beispiel der CO ₂ -Steuer	301
IV. Ökonomische Anreize als (Haupt-)Ausstiegsinstrument: Kohleausstiegs-Sonderabgabe statt Steuerfinanzierung	304
V. Zusammenfassung: Vor- und Nachteile des Vorschlags der Kohlekommission	306
C. <i>Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Felder der Umwelt- und Wirtschaftspolitik</i>	306
I. Die Abschaltung von Gaskraftwerken	308
II. Die Energiewende im Wärmesektor	309
III. Das Ende des Verbrennungsmotors	314
IV. Übertragung der finanzverfassungsrechtlichen Ergebnisse	320
V. Ergebnisse: Ökonomische Ausstiegsinstrumente jenseits des Kohlesektors	320
Literaturverzeichnis	321
Sachregister	353

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung	1
A. <i>Kohleausstieg und Klimawandel</i>	2
B. <i>Erkenntnisinteresse: Ökonomische Instrumente versus Ordnungsrecht am Beispiel des Kohleausstiegs</i>	4
I. Direkte und indirekte Steuerung	7
II. Die Instrumentendebatte aus rechtswissenschaftlicher Sicht	11
Erster Teil: Der Rechtsrahmen des nationalen Ausstiegs aus der Kohleverstromung	15
A. <i>Nationaler Kohleausstieg im europäischen Mehrebenensystem</i>	15
I. Nationale Gesetzgebung und europäische Kompetenzordnung	16
1. Mitgliedstaatliche Kompetenz zum Klimaschutz	16
2. Art. 9 Abs. 1 IE-RL als Kompetenzsperrre für nationales Ordnungsrecht	18
a) Auslegung der IE-RL: Verbot von CO ₂ -Grenzwerten, nicht von CO ₂ -Budgets	18
b) Verstoß der IE-RL gegen Primärrecht?	20
II. Unionaler Zertifikatehandel und nationale Gesetzgebung	22
1. Konsistenz zwischen nationalen Klimaschutzmaßnahmen und Zertifikatehandel als Verfassungsgebot?	23
2. Verlagerungseffekte und nationaler Klimaschutz	24
III. Der Kohleausstieg in der nationalen Kompetenzordnung	26
B. <i>Zwischen Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Grundrechten</i>	27
I. Das „Wann“ und „Wie“ des Kohleausstiegs als politische Entscheidungen	28
II. Klima- und Umweltschutz	30
1. Völkervertragsrecht: Das Pariser Klimaübereinkommen	31
2. Europäische Menschenrechtskonvention	34
3. Europarechtliche Klimaschutzpflichten	34

4. Klimaschutz im nationalen Verfassungsrecht	35
a) Art. 20a GG als Schutznorm gegen den Klimawandel	36
aa) Nationaler oder globaler Schutz der Lebensgrundlagen	37
bb) Gesetzgeberische Gestaltungsfreiheit und Konkretisierungsansätze	39
(1) Nachhaltigkeitsprinzip	40
(2) Vorsorgeprinzip	41
(3) Verschlechterungsverbot	41
b) Grundrechtliche Schutzpflichten gegen den Klimawandel	42
5. Zusammenfassung: Gestaltungsoffene Rechtspflicht zum Klimaschutz	44
III. Energieversorgungssicherheit	45
1. Die Gefährdung der Versorgungssicherheit in der Energiewende	46
2. Einfachgesetzliche Absicherung der Versorgungssicherheit und Braunkohlereserve	47
3. Die Versorgungssicherheit als Rechtsposition	49
a) Europarechtliche Gewährleistung und Solidaritätspflicht	49
aa) Materiell-rechtliche Solidaritätspflichten als Grenze nationaler energiepolitischer Entscheidungen	50
bb) Versorgungssicherheit in der Grundrechtecharta	51
b) Verfassungsrechtliche Absicherung der Versorgungssicherheit	52
4. Der Beitrag der Kohle zur Wärmeversorgung	54
5. Folgerungen für ein Phasing-Out der Kohle	55
IV. Kohleausstieg und Grundrechte	57
1. Gesundheitsschutz der Bürger	57
2. Grundrechte der Arbeitnehmer im Kohlestromsektor	58
3. Grundrechte der Anlagenbetreiber	59
a) Wirtschaftsgrundrechte und Gleichheitssatz	59
b) Grundrechtsberechtigung der kohleverstromenden Unternehmen	60
aa) Keine Grundrechtsberechtigung staatlich beherrschter Unternehmen	60
bb) Ausländische Unternehmen: Vattenfall als grundrechtlicher Spezialfall	61
cc) Kein Grundrechtsausschluss wegen der Erfüllung öffentlicher Aufgaben	63
dd) Individualisierter Grundrechtsschutz in weitgehend regulierten Märkten?	64
4. Die Grundrechte anderer, von der Kohleverstromung abhängiger Betriebe	65
V. Ergebnisse: Kohleausstieg als politische Entscheidung	66
C. <i>Das Gesetzgebungsverfahren: Komplexitätsbewältigung und Akzeptanzsicherung</i>	67
I. Der Kohleausstieg als komplexer Lebenssachverhalt	68
1. Klimawissenschaftliche Komplexität	69

2. Ökonomische Komplexität	69
3. Wissensgenerierung im Gesetzgebungsverfahren	71
a) Das Wesentlichkeitsgebot: Keine Verlagerung der Kohleausstiegsentscheidung auf die Exekutive	71
b) Komplexitätsreduktion im Gesetzgebungsverfahren	72
aa) Pflicht zur Wissensgenerierung im Gesetzgebungsverfahren ...	72
bb) Generierung und Bewertung von Wissen im Bundesgesetzgebungsverfahren	75
(1) Staatsinterne Wissensgenerierung	75
(2) Wissensgenerierung durch externen Sachverständ und die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“	76
II. Akzeptanzsicherung durch die Kohlekommission	78
III. Kooperative Rechtsetzung aus juristischer Perspektive	78
IV. „Kohlekonsens“ als Grundrechtsverzicht?	81
 Zweiter Teil: Das Verbot der Kohleverstromung	83
<i>A. Kohleausstieg durch direkte Steuerung</i>	83
I. Ordnungsrechtliche Instrumente und der Kohleausstieg	84
1. Verbot nach Vorbild des Atomausstiegs	84
2. CO ₂ -Grenzwerte	86
3. Beeinflussung des Zertifikate-Caps	86
4. Verbot des CO ₂ -Ausstoßes mit Befreiungsvorbehalt	87
5. Planungsrechtliche Instrumente	87
II. Das Verbotsmodell als Maßstab der weiteren Untersuchung	88
1. Unterschiedliche Ausgestaltungen eines Verbots von Kohlekraftwerken	88
2. Verbot von Neuanlagen und Retrofitmaßnahmen als „wesensgleiches Minus“	89
<i>B. Das Grundrecht auf Eigentum, Art. 14 GG</i>	90
I. Mögliche betroffene Eigentumspositionen	91
1. Zivilrechtliches Eigentum	91
2. Konkretisierung des Schutzmfangs: Die Genehmigung nach § 4 BImSchG	92
3. Das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	94
4. Sonderfall: Reststrommengen und CO ₂ -Budgets	95
5. Zwischenergebnis: Verfassungsrechtlicher Investitionsschutz durch Art. 14 Abs. 1 GG	96
II. Der Kohleausstieg als Inhalts- und Schrankenbestimmung	96
1. Kein Güterbeschaffungsvorgang	97
2. Kohlereserve als Enteignung?	99
III. Rechtfertigung der Eigentumsbeeinträchtigung und finanzielle Kompensation	101

1. Legitimer Zweck, Geeignetheit und Erforderlichkeit	101
2. Die Angemessenheit eines ordnungsrechtlichen Kohleausstiegsgesetzes	102
a) Grundsatz: Substanzschutz vor Vermögensschutz	102
b) Ausnahmefall: Ausgleichspflichtige Inhalts- und Schrankenbestimmung	103
aa) Sonderopfer als Voraussetzung der ausgleichspflichtigen Inhalts- und Schrankenbestimmung	104
bb) Neue Fallgruppe: Ausgleichspflicht ohne Sonderopfer	105
c) Besondere Sozialbindung des Eigentums an Kernkraftwerken	106
d) Vergleichbare Sozialbindung des Eigentums an Kohlekraftwerken?	108
aa) Elektrizitätsversorgung als Bestandteil der Daseinsvorsorge	108
bb) Geringer personaler Bezug des Eigentums an Kraftwerken	108
cc) Hochrisikotechnologien und klimaschädliche Technologien	109
dd) Gesetzgeberische Entscheidung für die Nutzung der Kernenergie	111
ee) Die Anerkennung der besonderen Sozialbindung der Kohlekraft als Ausweitung der atomrechtlichen Sonderdogmatik	112
e) Ergebnis: Kein Substanzschutz für Kohlekraftwerke	113
f) Notwendige Entschädigungs- und Ausgleichszahlungen?	114
aa) Vertrauenschutz als eng zu verstehende Ausnahmekonstellation	114
bb) Die Rechtsfolge des Vertrauenschutzes und die Bemessung staatlicher Entschädigungen	117
cc) Kein Vertrauen auf Kostenamortisation	119
dd) Vertrauenstatbestand	120
(1) Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung	120
(2) Bergrechtliche Rahmenbetriebspläne	121
(3) Vertrauenschutz durch „Maximalziele“ in § 1 Abs. 2 EEG oder durch den Emissionshandel?	123
(4) Äußerungen im politischen Diskurs	124
(5) Bedeutung für die Daseinsvorsorge	125
(6) Vorschlag der Kohlekommission	126
ee) Grundrechtliche Unzumutbarkeit frustrierter Investitionen?	126
(1) „Klimakonsens“ und Energiewende: Der Kohleausstieg als absehbare Entwicklung	127
(2) Abschaltung bis 2030 als grundsätzlich zulässige Beeinträchtigung	128
(3) Sonderfall: Braunkohletagebau	130
ff) Mangelnde Rechts- und Investitionssicherheit	132
<i>C. Die Berufsfreiheit, Art. 12 GG</i>	133
<i>D. Der allgemeine Gleichheitssatz, Art. 3 Abs. 1 GG</i>	134
<i>E. Zusammenfassung: Relativ schwacher eigentumsrechtlicher Schutz</i>	135

Dritter Teil: Kohleausstieg durch ökonomische Steuerung	137
A. <i>Allgemeines</i>	137
I. Indirekte Steuerung durch ökonomische Instrumente	138
II. Die Unschärfe ökonomischer Steuerung	141
1. Rückgriff auf das homo-oeconomicus-Modell	142
2. Verbleibende Ungewissheit	144
III. Ökonomische Instrumente als Rechtsproblem	145
1. Die Berufsfreiheit als maßgebliches Grundrecht	145
2. Vertrauenschutz und indirekte Steuerung	146
3. Das Ordnungsrecht als Maßstab der grundrechtlichen Bewertung	148
B. <i>Ungewissheit über die Wirkung ökonomischer Instrumente</i>	150
I. Von der Wissensgenerierung zur Prognose: Prognoseprärogative	151
II. Die Reichweite der Prognose und gesetzgeberische Zielvorgaben	151
III. Ungewissheit und Grundrechtsschutz	153
1. Ökonomische Instrumente als grundrechtliches aliud zum Ordnungsrecht	153
2. Unterschiede beim Verfassungsrechtsschutz	154
a) Ex-ante: Kontrolle des inneren Gesetzgebungsverfahrens als Kompensation von Ungewissheit	157
aa) Verfahrenskontrolle trotz Prognosespielräumen	158
bb) Kompensation judikativer Wissensdefizite	159
cc) Reichweite der Kompensation	160
b) Ex-post: Zurechnungsschwierigkeiten und Nachbesserungspflichten	162
aa) Zurechnung ökonomischer Belastungen zum Staat	163
bb) Nachbesserungen als Korrektiv fehlgehender Prognosen	164
IV. Zusammenfassung: Unsicherheit als grundrechtlicher Rechtsschutznachteil	165
C. <i>Die Erdrosselung als Steuerungsmittel</i>	166
I. Das Erdrosselungsverbot und seine Reichweite	167
1. Das (finanzverfassungsrechtliche) Verbot der Erdrosselungssteuer	168
a) Kein pauschaler Verstoß gegen das Übermaßverbot	168
b) Erdrosselungssteuer als finanzverfassungsrechtlicher Formenmissbrauch	169
c) Die zeitliche Komponente des Erdrosselungsverbots	171
d) Prohibitive Wirkung in einzelnen Sektoren als Formenmissbrauch?	174
2. Keine Übertragbarkeit des Verbots auf andere Formen ökonomischer Steuerung	176
3. Zwischenergebnis: Beschränkte Reichweite des Erdrosselungsverbots	177
II. Kohleausstieg durch Erdrosselung	177
1. Vor- und Nachteile	178
2. Nutzung im Instrumentenmix	180

III. Erdrosselung und Grundrechte	180
1. Schutzbereich: Erdrosselnde Belastungen als Eigentumsbeeinträchtigung?	181
2. Erdrosselung als Eingriffskriterium	182
3. Erdrosselung als Belastungstypisierung bei der Grundrechtsprüfung	183
a) „Verwaltungsfunktion mit Verbotscharakter“	183
b) Erdrosselung als Verbot: Eine grundrechtliche Typisierung	185
aa) Ökonomischer Zwang und ökonomisches Gebot	186
bb) Erdrosselung (auch) durch ökonomische Gebote	187
cc) Voraussetzung der Typisierung: Vergleichbarkeit der grundrechtlichen Belastung	187
(1) Schutz rentabler Unternehmen	188
(2) Schutz unrentabler Tätigkeiten	190
(3) Erhöhte Unsicherheit	192
(4) Ergebnis: Zulässigkeit der typisierten Erfassung von Erdrosselungen als Verbot	193
c) Das hypothetische Verbot als Maßstab	194
4. Die Erdrosselungsschwelle	195
a) Rentabilität als maßgeblicher Faktor bei (finalen) Erdrosselungen	196
b) Die asymmetrische Belastungswirkung und das Maßstabsunternehmen	198
aa) Orientierung am schwächsten Adressaten	198
bb) Orientierung am marktstärksten Adressaten	199
cc) Orientierung am durchschnittlichen Marktakteur	201
(1) Das Altmark-Trans-Kriterium vom „durchschnittlichen, gut geführten Unternehmen“	202
(2) Parallelen zur Altmark-Trans-Problematik: Berücksichtigung öffentlicher Unternehmen?	203
5. Erdrosselung als Gleichheitsproblem	204
IV. Zusammenfassung: Erdrosselung zwischen Finanzverfassungsrecht und Grundrechten	206
<i>D. Einzelne ökonomische Ausstiegsinstrumente</i>	207
I. Lenkungsabgaben	207
1. Das Steuerstaatsprinzip	209
2. Die freiheitsrechtliche Wirkung vermeidender Lenkungsabgaben	210
a) Streit um den eigentumsbeeinträchtigenden Charakter der Zahlungspflicht	211
b) Der Lenkungsbefehl als Grundrechtseingriff	212
3. Steuern	214
a) Anknüpfen an CO ₂ -Ausstoß oder Nutzung von Emissionszertifikaten	214
b) Besteuerung der Verbrennung von Kohle im Rahmen des EnergieStG	216

4. Nicht-steuerliche Abgaben	218
a) Vorzugslasten (Gebühren und Beiträge)	218
b) Ressourcennutzungsgebühren	219
aa) Öffentlich-rechtliches Bewirtschaftungssystem	219
bb) Die Nutzung von Umweltgütern als Bestandteil grundrechtlicher Handlungsfreiheit	222
cc) Inkompatibilität von Kostendeckungsprinzip und Klimaschutzkosten	223
c) Sonderabgaben	225
aa) Kompensationsabgaben	226
(1) Finanzverfassungsrechtliche Sonderstellung von Kompensationsabgaben	227
(2) Ausgestaltung als rechtspflichtersetzende oder rechtspflichtdurchsetzende Abgabe	228
(3) Die grundrechtliche Bewertung von Kompensationsabgaben am Maßstab des ordnungsrechtlichen Verhaltensbefehls	229
bb) Sonderabgaben ohne ordnungsrechtlichen Verhaltensbefehl	229
(1) Unterschiedliche Anforderungen an Lenkungs- und Finanzierungsabgaben?	230
(2) Der Lenkungscharakter als untaugliches Abgrenzungskriterium	231
(3) Zulässigkeit einer Kohleausstiegs-Sonderabgabe	232
(a) Die zu finanzierende Aufgabe: verschiedene Finanzierungszwecke	233
(b) Rechtfertigung der Finanzierungsverantwortung aus dem Gruppennutzen der Abgabenverwendung	234
(c) Finanzierungsverantwortung aufgrund einer Verursachungsverantwortung	234
(d) Verantwortungsnähe im regulierten Wettbewerb	237
(e) Sonderfall: (Er-)Drosselung statt Marktordnung	238
5. Ergebnis: Steuern und Sonderabgaben als Ausstiegsinstrumente	240
II. Konkurrenzfördernde Maßnahmen	241
1. Ökostromförderung	241
2. Das Beihilfenrecht als Hemmnis der Konkurrenzförderung	243
3. Finanzverfassungsrecht und Umlagefinanzierung	245
4. Grundrechtliche Wirkung von Konkurrenzförderungsmaßnahmen	245
a) Anwendung der Wettbewerbsfreiheit	245
b) Grundrechtseingriffe durch staatliche Marktbeeinflussung	248
aa) Ökostromförderung als finaler Eingriff	251
bb) Ökostromförderung als belastungsintensiver Eingriff im Instrumentenmix	252
c) Rechtfertigung eines Eingriffs durch Konkurrenzförderung im Strommarkt	253

III. Nationale Modifikationen unionsrechtlicher Instrumente	253
1. Rechtspflicht zur Löschung von Zertifikaten: der nationale „Klimaschutzbeitrag“	253
a) Verstoß gegen die EHS-RL	254
b) Berücksichtigung der Schutzverstärkungsklausel (Art. 193 AEUV)	255
2. Erhöhung des Zertifikatepreises durch zusätzliche Abgaben	256
3. Mitgliedstaatliche Beteiligung am Zertifikatehandel	258
4. Nationales Zertifikatehandelssystem und nationale Netzzugangsprivilegien für Ökostrom	259
 Vierter Teil: Der Instrumentenmix	261
A. <i>Kohleausstieg durch einen Instrumentenmix</i>	261
B. <i>Belastungskumulationen als Rechtsproblem</i>	262
I. Gesetzgeberische Zielsetzung als Normenklammer	265
II. Grundrechtsmethodische Fragen	267
1. Betroffenheit unterschiedlicher Grundrechte	269
a) Berücksichtigung der Eingriffe in unterschiedliche Grundrechte	269
b) Nur Eingriffe in dasselbe Grundrecht berücksichtigungsfähig	271
c) Belastungskumulation als einheitlicher Grundrechtseingriff	272
d) Zwischenergebnis: Prüfung des Einzelinstruments und Berücksichtigung des Belastungsumfelds	273
2. Lenkungssteuern im erdrosselnden Instrumentenmix	274
3. Berücksichtigung von Belastungen ohne Eingriffsqualität	275
4. Unionsrechtliche Belastungen als Bestandteil der Belastungskumulation	277
III. Unzulässige Belastungskumulationen vor dem Bundesverfassungsgericht	280
C. <i>Folgerungen für einen Instrumentenmix im Kohlesektor</i>	282
 Fünfter Teil: Ergebnisse und Ausblick	285
A. <i>Thesen</i>	285
I. Erster Teil: Der Rechtsrahmen des nationalen Ausstiegs aus der Kohleverstromung	285
II. Zweiter Teil: Das Verbot der Kohleverstromung	286
III. Dritter Teil: Kohleausstieg durch ökonomische Steuerung	287
IV. Vierter Teil: Der Instrumentenmix	290
B. <i>Der Vorschlag der Kohlekommission und andere Ausstiegsszenarien</i>	291
I. Der Vorschlag der Kohlekommission	291
1. Konsenslösungen und Ordnungsrecht	291
2. Verfassungsrechtliche Bewertung	293

3. Entstehung grundrechtlichen Vertrauensschutzes	295
a) Einvernehmliche Verhandlungslösung	295
b) Ordnungsrechtliches Vorgehen mit Evaluationsklauseln	296
4. Überobligatorische Entschädigungen: Beihilfenrecht als limitierender Faktor	297
II. Ordnungsrechtliches Alternativszenario: Restverschmutzungsrechte	300
III. Ergänzung des ordnungsrechtlichen Verhaltensbefehls durch ökonomische Instrumente am Beispiel der CO ₂ -Steuer	301
1. Verfassungsrechtliche Bewertung	302
2. Vor- und Nachteile	303
IV. Ökonomische Anreize als (Haupt-)Ausstiegsinstrument: Kohleausstiegs-Sonderabgabe statt Steuerfinanzierung	304
1. Verfassungsrechtliche Bewertung	304
2. Vor- und Nachteile	305
V. Zusammenfassung: Vor- und Nachteile des Vorschlags der Kohlekommission	306
C. Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Felder der Umwelt- und Wirtschaftspolitik	306
I. Die Abschaltung von Gaskraftwerken	308
II. Die Energiewende im Wärmesektor	309
1. Steuerungsoptionen und Vergleichbarkeit mit dem Kohleausstieg	309
2. Rechtliche Fragen	311
a) Substanz- oder Vermögensschutz	311
b) Ökonomische Instrumente, homo-oeconomicus-Modell und Erdrosselung	313
III. Das Ende des Verbrennungsmotors	314
1. Steuerung der KFZ-Hersteller	315
2. Autofahrer als Steuerungssadressaten	316
3. Erdrosselungsinstrumente im Verkehrssektor	317
a) Autofahrer	317
b) KFZ-Hersteller	319
IV. Übertragung der finanzverfassungsrechtlichen Ergebnisse	320
V. Ergebnisse: Ökonomische Ausstiegsinstrumente jenseits des Kohlesektors	320
Literaturverzeichnis	321
Sachregister	353